

POLITIKUM

Heft 2 | 2023

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

DEUTSCHLAND IM KRISENMODUS

Resiliente
Demokratie?

Wie Krisen Stärken und
Schwächen des Regierungs-
systems offenlegen

Grundrechte und
Rechtsstaat

Trägt der
Sozialstaat noch?

Zusammenhalt in
schwierigen Zeiten

Ernannt, aber
nicht erwählt:
Expert*innen

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

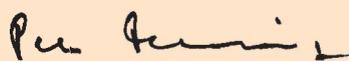
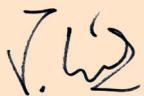
POLITIKUM

VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT ANGESICHTS MULTIPLER KRISEN

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Die aktuelle Häufigkeit und auch die Intensität der Krisen sind herausfordernd – jedenfalls für ein an Stabilität, Sicherheit und Prosperität gewöhntes politisches System wie das der Bundesrepublik Deutschland. Gerade war die Pandemie halbwegs vorbei, da führte der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht nur (und vor allem!) zu unermesslichem menschlichen Leid in der Ukraine und darüber hinaus, sondern auch zu einer Reihe von Folgekrisen in Deutschland wie hohen Flüchtlingszahlen, Belastung der Staatsfinanzen und Sozialkassen, Inflation und Energieknappheit. Und über allem schwebt die Klimakrise, die unsere Art zu leben und zu wirtschaften zwingendem Veränderungsbedarf unterwirft – mit erheblichen Folgewirkungen für die Stabilität von Gesellschaft und Staat.

Die Beiträge dieses Heftes zielen nicht auf einzelne Krisenphänomene oder -dimensionen (zumal diese in etlichen der vergangenen Ausgaben von **POLITIKUM** analysiert wurden), sondern nehmen die Konsequenzen für das politische System Deutschlands systematisch und umfassend in den Blick. Wir fragen, wie es um die Widerstandskraft der Demokratie und die Stärken und Schwächen des deutschen Regierungssystems steht, blicken auf die unter Druck stehende deutsche Verfassungsordnung und fragen ganz grundsätzlich nach Stabilität und Zukunftstauglichkeit der deutschen Demokratie und wichtiger Staatsprinzipien wie föderaler Ordnung und Sozialstaatlichkeit. Zudem wird die Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat und den Parlamentarismus vermessen und nach dem Verhältnis von Exekutive und Legislative in Ausnahmesituationen gefragt. Die Rolle von Medien, das Thema Vertrauen und gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Rolle von Expert*innen in Krisen sind weitere Themen.

Deutschland befindet sich im Krisenmodus. Für Entspannung oder gar Entwarnung geben die durchaus unterschiedlichen Befunde keinen Anlass, wohl aber für Zuversicht. Doch es bleibt dabei, dass Demokratie die einzige Staatsform ist, die permanent eingeübt und gelebt werden muss. Von Dauer ist nichts und Selbstverständlichkeiten gibt es keine. Um eine resiliente Demokratie zu sein, so Florian Grotz und Wolfgang Schröder in ihrem einführenden Beitrag, müssten Staat und Bürger*innen „eine konstruktiv-kritische Verantwortungsgemeinschaft“ bilden. Es wäre schön, wenn dieses Heft von **POLITIKUM** dazu einen kleinen Beitrag leisten könnte.



Johannes Varwick und Peter Massing





Seite 4

Resiliente Demokratie?

Die Widerstandskraft der Demokratie rückt angesichts multipler Krisen in den Fokus der Debatte. Wer und was trägt zur Resilienz bei? Wie ist es um die Stärken und Schwächen des deutschen Regierungssystems bestellt und was bedeutet das für die Zukunft der Demokratie?



Seite 26

Überfordern Krisen den Föderalismus?

Im föderalen System werden die Exekutiven bewusst im Plural geschrieben. Diese Machtteilung hat gewiss einen Preis, zugleich aber einen unschätzbaren Wert. Denn wer die Fehlbarkeit politischer Akteure einplant, den kann föderale Uneinigkeit durchaus beruhigen.



Seite 12

Grundrechte und Rechtsstaat

Die Covid-19-Pandemie hat die deutsche Verfassungsordnung unter Druck gesetzt und zu erheblichen Friktionen geführt. Doch mit zeitlichem Abstand lässt sich mit der notwendigen Gelassenheit sagen: Sie hat den Stresstest der Pandemie überwiegend bestanden.



Seite 32

Trägt der Sozialstaat?

In Krisenzeiten steigt der Wert des Sozialstaates. Doch unfinanzierbare Forderungen nach Statussicherung bis weit in die Mittelschicht hinein sind nicht nachhaltig zu bewerkstelligen. Die Politik sollte keine Erwartungshaltung wecken, die sie am Ende nur enttäuschen kann.



Seite 20

Demokratische Krisendiagnostik

Demokratische Krisendiagnostik ist in Sozialwissenschaft und Öffentlichkeit zu einem intellektuellen Breitensport geworden. Die Skepsis gegenüber der Stabilität der Demokratie nimmt zu. Zeit, um über die Ursachenanalyse und mögliche Lösungswege neu und kritisch nachzudenken.



Seite 38

Stunde der Exekutive?

Ausnahmesituationen erfordern schnelle politische Entscheidungen. Sie sind zugleich eine potenzielle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und das parlamentarische System. Hat sich das Verhältnis von Exekutive und Legislative zugunsten der Exekutive verschoben?



Seite 44

Krisenkommunikation und Medien

Guter Journalismus ist in Krisensituationen besonders notwendig. Leisten die Medien einen konstruktiven Beitrag zur Krisenbewältigung oder tragen sie mit ihrer Berichterstattung im Gegenteil zur Verschärfung von Krisen bei? Empirische Befunde.



Seite 52

Vertrauen und Zusammenhalt

Die Demokratiezufriedenheit ist in Deutschland auf niedrigem Niveau stabil. Zugleich gibt es zahlreiche Tendenzen, die für die Stabilität der Demokratie prekär und potenziell bedrohlich sind. Alarmierende Ergebnisse einer empirischen Studie.



Seite 64

Krisen-Expertokratie

Krisen sind Stunden für Experten. Doch wie können Politik und Gesellschaft mit Expertenwissen umgehen? Fachexperten sollten in ihrer zuarbeitenden Funktion verbleiben und keine Entscheidungskompetenz für sich beanspruchen.

■ Deutschland im Krisenmodus

Florian Grotz und Wolfgang Schroeder

Resiliente Demokratie?

Wie Krisen die Stärken und Schwächen des Regierungssystems offenlegen

4

Johannes Gallon und Anna Katharina Mangold

Grundrechte und Rechtsstaat in der Krise.

Hat sich die Verfassungsordnung während der Corona-Pandemie bewährt?

12

Veith Selk und Dirk Jörke

Demokratische Krisendiagnostik

in der Münchhausenfalle

20

Ursula Münch

Überfordern Krisen den Föderalismus?

26

Matthias Diermeier und Judith Niehues

Erwartungen und Enttäuschungen.

Trägt der Sozialstaat noch?

32

Johannes Artz und Marcus Höreth

Nur eine Stunde der Exekutive?

Zur Performanz des parlamentarischen Regierungssystems

38

Heinz Bonfadelli

Risiken und Krisen: die Rolle der Medien

44

Frank Decker

Vertrauen in die Politik und gesellschaftlicher Zusammenhalt in schwierigen Zeiten

52

Walter Reese-Schäfer

Ernannt, aber nicht erwählt. Zum Umgang mit Expertinnen und Experten

64

■ Forum

Benno Hafener

Rechtsextreme Vigilanten

70

■ Rezensionen

Das besondere Buch

74

Bücher für den Politikunterricht

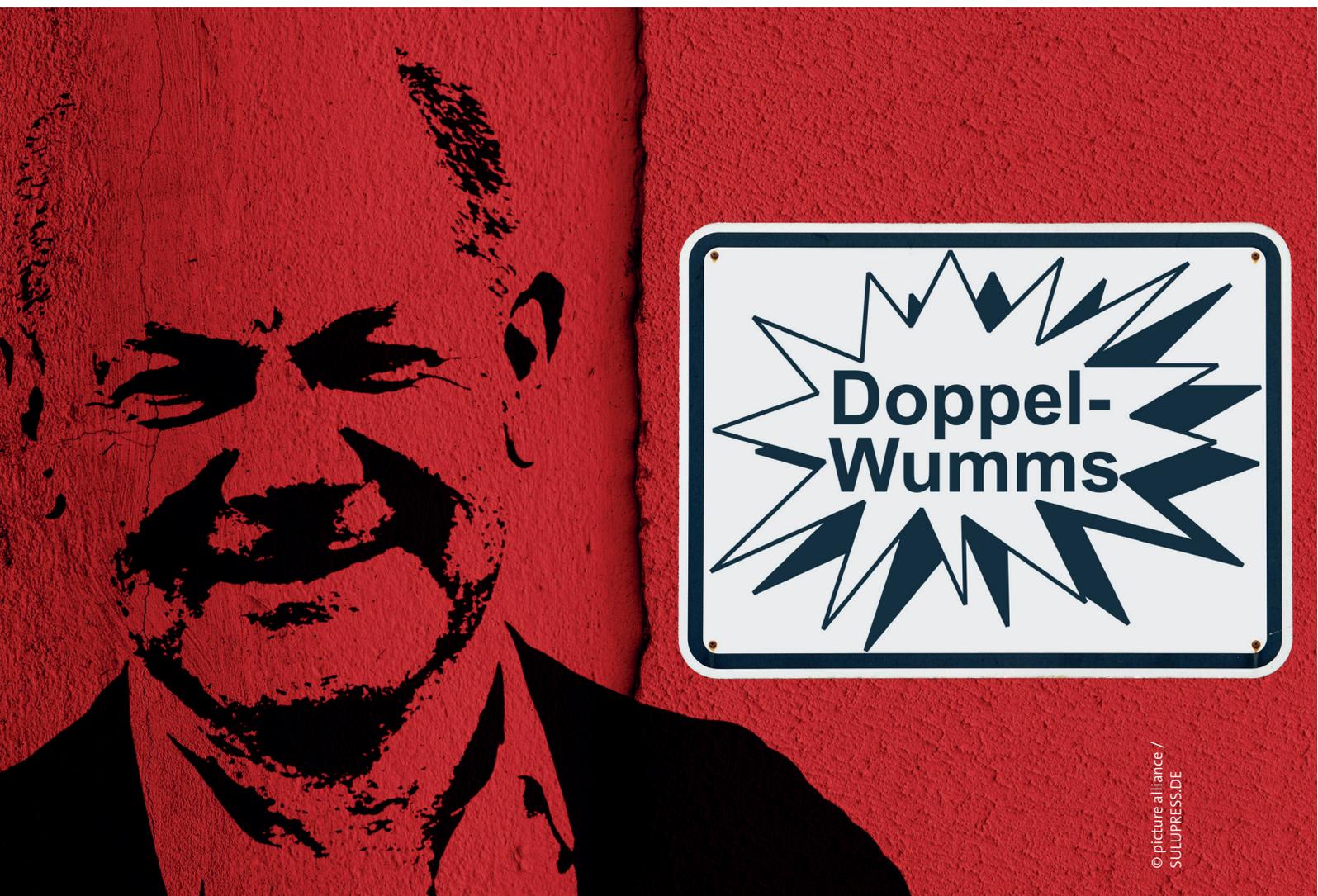
76

■ Literaturtipps

78

Impressum

80



© picture alliance /
SULUPRESSIDE

ERWARTUNGEN UND ENTTÄUSCHUNGEN

Trägt der Sozialstaat noch?

von MATTHIAS DIERMEIER und JUDITH NIEHUES

Copyright Wochenschau Verlag

In Krisenzeiten offenbaren sich gleichermaßen Notwendigkeiten und Dilemmata des Sozialstaats. Allgemein geteilt wird die Forderung, Menschen am unteren Ende der Einkommensverteilung vor existenziellen Notlagen zu bewahren. Bei genauerem Blick manifestieren sich jedoch ebenso Forderungen nach Statussicherung bis weit in die Mittelschicht hinein, die kaum finanziell nachhaltig zu bewerkstelligen sind. Für die Politik sollte dies Warnzeichen genug sein, keine Erwartungshaltung zu nähren, die sie letztlich nur enttäuschen kann.

Gerade in Krisenzeiten ist die sozialstaatliche Debatte häufig durch Erzählungen über Menschen geprägt, die aufgrund der veränderten Umstände in existenzielle Schwierigkeiten und wirtschaftliche Armut geraten sind. Dabei setzt die Sozialstaatspolitik grundsätzlich wesentlich breiter an, als lediglich Armut zu bekämpfen oder Ungleichheiten abzumildern. Mit der Ausgestaltung des Sozialversicherungssystems (Alters-, Gesundheits-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung) fallen vielmehr auch Aufgaben in den Sozialstaat, deren Stoßrichtung es ist, zentrale Lebensrisiken breiter Bevölkerungsschichten abzusichern (Nullmeier 2021). Damit zählen die soziale Sicherung sowie der Erhalt des wirtschaftlichen Status wohlhabender Bevölkerungsgruppen ebenso zum Fundament des Sozialstaates wie die Garantie eines Existenzminimums.

In Deutschland hat die Bedeutung des Sozialstaats während der vergangenen Jahrzehnte stark zugenommen. Mitte der 1960er Jahre überschritt der Anteil der Sozialausgaben erstmals 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Seit 2019 liegt die Quote über der 30-Prozent-Marke des deutschen BIP. Auch im internationalen Vergleich nimmt der Umfang sozialstaatlicher Leistungen in Deutschland damit eine Spitzenposition ein. Mit durchschnittlichen Ausgaben in Höhe von knapp 13.000 Euro je Einwohner im Jahr 2020 lagen die kaufkraftbereinigten Sozialschutzausgaben innerhalb der EU nur in Luxemburg höher.

Die quantitative Bedeutung des Sozialstaats deckt sich mit der Verantwortungszuweisung durch die Gesellschaft. In der Allgemeinen Bevölkerungsum-

frage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) im Jahr 2021 stimmten 92 Prozent der Befragten eher oder voll zu, der Staat müsse dafür sorgen, „dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“. Wiederkehrende empirische Befunde zeigen jedoch eine große Unzufriedenheit damit, wie der Staat der verbreiteten normativen Anspruchshaltung gerecht wird, für sozialen Ausgleich zu sorgen. So empfanden 90 Prozent der deutschen Befragten des International Social Survey Programme (ISSP) 2020 die hiesigen Einkommensunterschiede als zu groß. Über 70 Prozent wiesen explizit dem Staat die Verantwortung zu, Einkommensungleichheiten zu reduzieren.

Sozialstaatliche Pandemiepolitik kompensiert Wirtschaftseinbruch

Die stabilisierende Wirkung des Sozialstaats in Krisenzeiten zeigte sich eindrücklich am sprunghaften Anstieg der Sozialausgaben während der COVID-19-Pandemie. Während das Bruttoinlandsprodukt rückläufig war, erhöhten sich die Sozialausgaben um

„Die Rückkehr der Polykrise steht für die Erkenntnis, dass die Geschichte nicht zu Ende ist, sondern ihre Bewegungen an Tempo und Intensität zunehmen.“

Adam Tooze,
Wirtschaftshistoriker

knapp 7,4 Prozent – der höchste Anstieg innerhalb von zwei Jahren seit der Wiedervereinigung. Der Sozialstaat entfaltete seine Wirkung dabei gleichsam systeminhärent durch rückläufige Steuereinnahmen und steigende Transferzahlungen sowie durch zusätzlich beschlossene sozialstaatliche Unterstützungsmaßnahmen. Neben Soforthilfen und Kreditzusagen für Unternehmen, Einmalzahlungen wie dem Kinderbonus sowie einem erleichterten Zugang zu Grundsicherungsleistungen hat sich insbesondere – wie auch schon während der Finanzkrise – das (verlängerte) Kurzarbeitergeld als wertvolles Instrument bewährt, um einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie er beispielsweise in den USA kurzfristig zu beobachten war, zu vermeiden.

Nicht nur Simulationsanalysen belegen die Bedeutung der staatlichen Ausgleichsmaßnahmen zur Stabilisierung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (Bruckmeier u. a. 2021), sondern auch in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (2021) im Frühjahr 2021 fiel das Vertrauen in das soziale Netz so hoch aus wie seit 15 Jahren nicht. Eine Erklärung für das gestiegene Vertrauen sehen die Autor*innen darin, „dass die überwältigende Mehrheit der Bürger bis dato materiell unbeschadet durch die Krise gekommen ist“ (2021, 9). Dass die um-

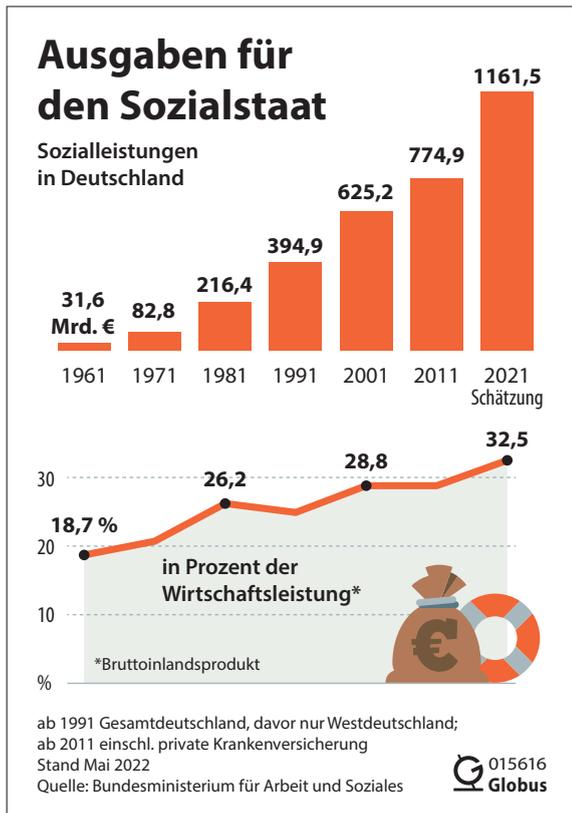
fangreichen Hilfen größere Verwerfungen durch die Corona-Krise vermeiden konnten, könnte jedoch das Gefühl der in der Folge häufig zitierten „Vollkasko-mentalität“ verstärkt haben, die der Suggestion Vorschub leistet, der Staat könne letztlich alle kollektiven Risiken abfedern.

Energiepreiskrise: Statuserhalt statt Armutsvermeidung

Mit dem Ende der Pandemie nahm dann zwar die wirtschaftliche Entwicklung wieder an Fahrt auf und die Krisenpolitik konnte sukzessive zurückgefahren werden. Jedoch zeichnete sich mit der merklichen Rückkehr der Inflation bereits im zweiten Halbjahr 2021 eine neue Herausforderung ab. Schwierigkeiten in der Logistik globaler Lieferketten, protektionistische Handelshemmnisse sowie erste Energiepreissteigerungen wurden erst leicht und später immer stärker spürbar. Das wahrgenommene Bedrohungspotenzial der anziehenden Inflationsraten und die schnellen Forderungen nach sozialstaatlichen Interventionen entwickelten auch deshalb eine starke Virulenz, weil die Angst vor der Geldentwertung als „deutsches Trauma“ (Jones 2022) durch das kollektive wirtschaftshistorische Gedächtnis mitschwingt. Bereits am 23.2.2022 – und damit einen Tag vor dem russischen Überfall auf die Ukraine – einigte sich die Ampel im Koalitionsausschuss auf Entlastungen wie den Wegfall der EEG-Umlage, die Erhöhung der Pendlerpauschale und des Grundfreibetrags, sowie auf gezielte Unterstützungen für Bedürftige, um die Belastungen durch die steigenden Preise abzufedern.

Mit dem russischen Angriffskrieg und der schrittweise vollzogenen Abkehr Deutschlands aus dem Import russischer Energieträger wirkten die Preissteigerungen immer empfindlicher auf Kosten für Grundbedarfe wie Lebensmittel, Elektrizität oder Heizen durch. Im Unterschied zur Finanzkrise oder den Folgen der Pandemie-Lockdowns waren jedoch nunmehr nicht nur bestimmte Gruppen stark durch die Krise betroffen, sondern die finanziellen Einschränkungen strahlten – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – auf nahezu alle aus.

Die feste Verankerung eines sozialstaatlichen Minimumkonsens zeigte sich in der parteiübergreifenden Einigkeit, den vielen nicht-selbstverschuldet in existentielle Nöte geratenen Menschen zu helfen und gerade für Haushalte mit niedrigen Einkommen Unterstützung zu organisieren. Der Fokus auf Hilfen für



besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen scheint der Nukleus der gesamtgesellschaftlichen Forderungen gewesen zu sein. In einer SINUS-IW-Befragung im Herbst 2022 sprach sich eine Mehrheit von 58 Prozent dafür aus, „nur Haushalte mit niedrigen Einkommen“ bei ihren Energiekosten zu entlasten (Diermeier u. a. 2022). Tatsächlich könnte das Abfedern der fundamentalen Risiken am unteren Ende der Einkommensverteilung *das* fundamentale Kriterium für die Legitimität sozialstaatlicher Kompensationspolitik in einer Krise darstellen. In den Forderungen nach zielgerichteten Ausgaben zeigt sich zudem eine augenscheinliche Konsistenz zur verbreiteten Kritik an zu großen Einkommensunterschieden und dem Wunsch, der (Sozial-)Staat möge diese reduzieren. Denn unterstützt der Staat exklusiv die Gruppe der Bedürftigsten, nutzt er seine Mittel besonders effizient, um Ungleichheit und Armut zu reduzieren.

Hohe Entlastungsansprüche aus der Mitte

Wer hieraus schließt, gute Krisenpolitik sollte sich aus Sicht der Deutschen tatsächlich auf prekäre oder besonders betroffene Bevölkerungsgruppen beschränken, der täuscht sich. Ein Blick auf die Evaluation konkreter Maßnahmen offenbart schließlich, dass lediglich direkte Transferzahlungen als zielgerichtete Kompensationspolitik goutiert werden. Nur unter den Befürwortern direkter Transfers stimmte eine Mehrheit zu, dass diese Maßnahme ausschließlich für Menschen mit niedrigen Einkommen und nicht für alle gelten solle. Bei ÖPNV-Vergünstigungen, dem Tankrabbatt, der Erhöhung der Pendlerpauschale oder dem Energiepreisdeckel forderten im Herbst 2022 breite Mehrheiten, dass von diesen Maßnahmen „alle“ profitieren sollten – das gilt auch unter denjenigen, die sich zuvor für eine ausschließliche Unterstützung von Menschen mit niedrigen Einkommen ausgesprochen hatten (Bergmann u. a. 2023). Und selbst der vielfach geteilte Wunsch, „die Reichen“ als Profiteure von der Krisenpolitik anzunehmen, ist vor dem Hintergrund einzuordnen, dass sich breite Teile der oberen Einkommensschichten selbst eher der Mittelschicht zuordnen. Dies könnte erklären, dass selbst nach Verkündung des „Doppel-Wumms“ und der angekündigten Mobilisierung von 200 Milliarden Euro weiterhin 47 Prozent der Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen oberhalb von 4.500 Euro – und damit die relative Mehrheit unter den validen Antworten – für sich selbst eine höhere finanzielle

Unterstützung durch den Staat wünschten; im Durchschnitt forderten 58 Prozent eine höhere finanzielle Entlastung (Diekmann 2022).

Auf den zweiten Blick dominiert folglich die Forderung an den Sozialstaat, das Wohlstandsniveau in der Breite zu stabilisieren und sich eben nicht (nur) auf Menschen zu konzentrieren, die in besonderem Maße

.....

Wie eine auf Statuserhalt der Mitte ausgerichtete Sozialstaatspolitik in Krisenzeiten finanziert werden soll, bleibt im Dunkeln

.....

in Not geraten sind. Geeint waren die Deutschen über die Energiepreiskrise hinweg in ihrer Unzufriedenheit mit dem aus ihrer Sicht grundsätzlich unzureichenden Umfang der staatlichen Hilfen. Gerade einmal zwölf Prozent schätzten die bis Anfang September 2022 beschlossenen Maßnahmen des ersten und zweiten Entlastungspaketes als ausreichend ein, woran auch die Ankündigung des umfangreichen dritten Paketes nichts änderte (Diermeier u. a. 2022). Tatsächlich umfasste die weitere Krisenpolitik auch weitreichende Instrumente wie die Energie- und Gaspreisbremse, die schon im Herbst vehement gefordert wurden (Bergmann u. a. 2023). Aktuelle Befragungsergebnisse einer IW-Online-Personenbefragung aus dem Frühjahr 2023 deuten jedoch selbst nach einem milden Winter und deutlich sinkenden Energiepreisen darauf hin, dass Menschen die Krisenpolitik weiterhin als nicht ausreichend empfinden – auch wenn sie explizit auf die Umsetzung vieler im Herbst geforderter Maßnahmen sowie deren Kosten in Höhe von rund 200 Milliarden Euro hingewiesen werden. Gerade etwas mehr als ein Viertel der Befragten hatte das Gefühl, der Staat „habe genug gemacht und sollte (...) keine weiteren Entlastungen anbieten“.

Überforderung des Sozialstaats und Enttäuschungspotenziale

Der Sozialstaat hat sowohl in der Energiepreiskrise als auch in der Pandemie bislang kaum vorstellbare Milliarden-Summen abgerufen, um die wirtschaftlichen Krisenfolgen weit über besonders betroffene oder besonders prekäre Bevölkerungsgruppen hinaus abzufedern. Gleichwohl scheinen weder die Ankündigungen noch die Umsetzungen der gesellschaftlich

geforderten Maßnahmen den Ansprüchen der Bevölkerung Genüge zu tun. Vielmehr kristallisiert sich eine doppelte Schizophrenie der Anspruchshaltung heraus.

Erstens verstärkt sich die Evidenz, dass die reflexhafte Kritik an ungleichen Zuständen sowie die unmittelbare Solidarität mit Menschen in existenziellen Krisensituationen einer tiefergehenden Überprüfung nicht standhält. Sobald konkrete Maßnahmen verhandelt werden oder nach persönlicher Auffassung nicht „die hart arbeitende Mitte“ zum vorrangigen Empfänger*innenkreis einer bestimmten Politik zählt,

.....

*Gerade in der Sozialstaatspolitik hat die Politik zuletzt vermissen lassen, Bürger*innen auf zentrale Zielkonflikte hinzuweisen*

.....

nährt sich Widerstand. Auf der einen Seite lässt sich dafür die überschaubare Zustimmung zum sozialpolitischen Prestigeprojekt der Bundesregierung, dem Bürgergeld, heranziehen. Auf der anderen Seite widersprachen im Februar und März 2023 über 60 Prozent der Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.000 Euro der Aussage, dass keine weiteren Entlastungen gegen die hohen Energiepreise hinzukommen sollten. Dabei ist klar: Ohne Sozialpolitik zielgerichtet auf Menschen mit geringen Einkommen auszurichten, wird der mehrheitlich ausgedrückte Wunsch, der Staat möge gesellschaftliche Ungleichheiten einhegen und Armut bekämpfen, praktisch verunmöglicht.

Zweitens bleibt im Dunklen, wie eine auf Statuserhalt der Mitte ausgerichtete Sozialstaatspolitik in Krisenzeiten finanziert werden soll. Schließlich fallen die Kompensationsforderungen in der Krise gerade in Haushalten mit mittleren Einkommen besonders hoch aus (Diermeier u. a. 2022). Da eine Schuldenfinanzierung der Ausgaben selbst bei günstigen Finanzierungsbedingungen in der deutschen Bevölkerung eher unbeliebt ist (Heinrich u. a. 2016, 27) und das Gros des Steueraufkommens in den mittleren Einkommensklassen erzielt wird, führt gerade hier an einer stärkeren (zukünftigen) Belastung kaum ein Weg vorbei. Wie bereits von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgearbeitet, zeigt sich zwar „einerseits der Wunsch nach weiterer Expansion des Wohlfahrtsstaates, andererseits begrenzte und vor allem selektive Akzeptanz

höherer Beteiligung bei der Finanzierung“ (ebd., 7). Die Gegenwartspräferenzen der Bürger*innen bergen demnach gewichtige Enttäuschungspotenziale. Diese werden sich realisieren, wenn „die Mitte“ feststellt, nur auf Kosten künftiger Belastungen unbeschadet durch die vergangenen Krisen hindurch manövriert worden zu sein. Spätestens wenn der demografische Wandel oder die hohen Ausgaben zur klimapolitischen Transformation die finanziellen Spielräume umfangreicher Sozialpolitik beschränken, wird offen verhandelt und priorisiert werden müssen, welche Politikvorschläge umsetzbar sind und welche dem Finanzierungsvorbehalt zum Opfer fallen.

Die (Sozialstaats-)Politik ist zweifelsohne in einer schwierigen Situation. Sie steht vor dem Dilemma, unter der Restriktion endlicher Ressourcen konkurrierenden Ansprüchen ausgesetzt zu sein. Gerade weil das Erleben oder Nicht-Erleben staatlicher Interventionen in Extremsituationen aber Erwartungen und Enttäuschungen mit sich bringt, die im Extremfall über viele Jahrzehnte reproduziert werden, gilt es klug abzuwägen, welches Politikdesign (etwa bedürftigkeits- oder statuserhaltsorientiert) gewählt wird und wie dieses kommunikativ begleitet werden kann. Gerade in der Sozialstaatspolitik haben Politiker*innen zuletzt vermissen lassen, Bürger*innen auf zentrale Zielkonflikte hinzuweisen und sich ehrlich zu machen, wer am Ende für die steigenden Ausgaben aufkommen wird.



.....

Dr. Judith Niehues leitet das Cluster Mikrodaten und Verteilung am Institut der deutschen Wirtschaft. Sie forscht zu Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zu subjektiven Verteilungsbewertungen.



.....

Dr. Matthias Diermeier leitet das Cluster Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft am Institut der deutschen Wirtschaft. Er forscht zu aktuellen empirischen Fragen im Kontext der politischen Ökonomie und den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat.

LITERATUR

Bergmann, Knut u. a. 2023: Mitte ohne Maß? Widersprüchliche Entlastungsforderungen. In: Wirtschaftsdienst Nr. 2, S. 130–136.

Bruckmeier, Kerstin/Fitzenberger, Bernd/Wiemers, Jürgen 2021: Corona führte zwar bisher nicht zu gestiegener Einkommensungleichheit – für eine Entwarnung ist es dennoch zu früh. In: IAB-Forum 7. Oktober, <https://www.iab-forum.de/corona-fuehrte-zwar-bisher-nicht-zu-gestiegener-einkommensungleichheit-fuer-eine-entwarnung-ist-es-dennoch-zu-frueh/>

Diekmann, Florian 2022: Selbst Gutverdienende wollen noch mehr Energiehilfen. In: Der SPIEGEL, 16.11., <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/energiepreise-selbst-gutverdienende-wuenschen-noch-mehr-staats-hilfe-spiegel-umfrage-a-93b915b6-8f66-4a97-a333-be09aa58fd61>

Diermeier, Matthias u. a. 2022: Energiepreise: Teure Forderungen aus der Mitte der Bevölkerung. In: IW-Kurzbericht, Nr. 82, Köln.

Heinrich, Roberto/Jochem, Sven/Siegel, Nico A. 2016: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates – Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) 2021: Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger und Erwartungen an den Sozialstaat: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74994-2>

Jones, Mark 2022: 1923: Ein deutsches Trauma. Berlin.

Nullmeier, Frank 2021: Sozialstaat. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., aktual. Aufl., Heidelberg.

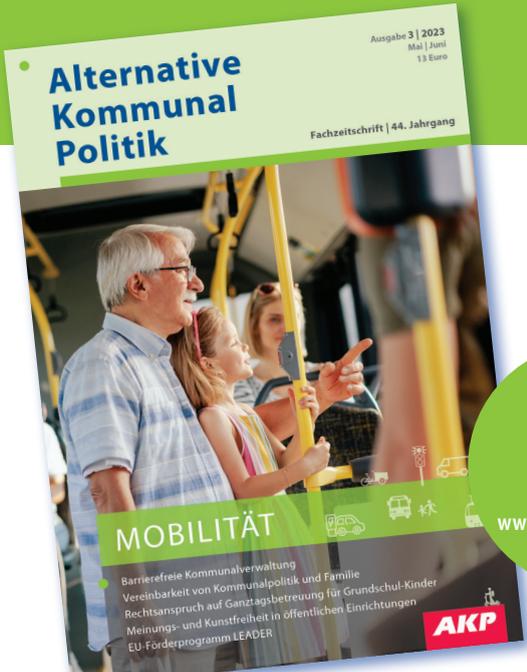
Alle Links zuletzt abgerufen am 6.4.2023

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter: DOI <https://doi.org/10.46499/2193.2743>

Ausgabe 3 | 2023

MOBILITÄT

Das Deutschlandticket ist da – wie gehts weiter mit dem ÖPNV, was gibts Neues zur Finanzierung? Funktioniert Carsharing auf dem Land? Was braucht der Rad- oder der gewerbliche Verkehr? Dies und noch viel mehr im neuen Heft der AKP.



Weitere Themen

- Barrierefreie Kommunalverwaltung
- Vereinbarkeit von Kommunalpolitik und Familie
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul-Kinder
- Meinungs- und Kunstfreiheit in öffentlichen Einrichtungen
- EU-Förderprogramm LEADER

Mehr Infos



www.akp-redaktion.de

• Einzelpreis: 13 Euro plus Versandkosten 1,70 Euro
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de



WOCHENSCHAU
VERLAG

NEU



Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit
1/2023

(De)Legitimationen von Wissen

Ob bei Klimawandel, Krieg oder Pandemie: Wissenschaft wird immer wieder in Frage gestellt und delegitimiert – sei es durch wissenschaftsexterne extreme Akteur*innen oder sogar durch Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs selbst. Doch bei aller Delegitimierung wird Wissenschaft auf der anderen Seite vermehrt zentrale Kategorie politischer Diskurse.

Diese Ausgabe der ZDgM beschäftigt sich mit den vielfältigen Problemen und Herausforderungen für Wissenschaftsbetrieb, Demokratie, (politische) Bildung und Zivilgesellschaft, die mit der Infragestellung und Verabsolutierung von wissenschaftlichem Wissen einhergehen, sowie der Frage, was dagegen unternommen werden kann.

Bestellnr.: zdgm1_23, 184 S., € 28,00

PDF ISBN 978-3-7566-0064-9, € 26,99

Nachweis der Zitate in der Reihenfolge des Abdrucks im Heft: H.-J. **Papier**, in: taz, 16.5.2020 | R. **Schlott**, in: Berliner Zeitung, 31.12.2022 | J. **Hamed**, in: Frankfurter Rundschau, 18.1.2021 | Ch. **Breuer**, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/1/beitrag/polykrise-als-gefangenendilemma.html> | P. **Wiedemann**, in: Berliner Zeitung. Coronadebatte 5.1.2023 | W. **Schäuble**, in: Neue Westfälische, 21.8.2020 | S. **Harbarth**, Interview in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 10.10.2020 | M. **Haspelmath**, in: Berliner Zeitung. Coronadebatte 18.12.2022 | A. **Tooze**, <https://www.zeit.de/2022/29/krisenzeiten-krieg-ukraine-oel-polykrise> | A. **Laschet**, in: Die Zeit, 26.1.2023 | J. **Schmidt-Chanasit**, in: Berliner Zeitung. Coronadebatte 24.12.2022 | A. **Przeworski**, in: ders.: Krisen der Demokratie, Berlin 2020, S. 18 | N. **Markard**, Interview in: Deutschlandfunk, 4.1.2021 |

Coverbild: © photoschmidt – stock.adobe.com

POLITIKUM

Impressum

Erscheint im 9. Jahrgang in der Nachfolge der Zeitschrift „politische Bildung“ als Vierteljahreszeitschrift des Wochenschau Verlags.

Verleger

Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Sabine Achour, achour@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Peter Massing, massingr@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Stefan Schieren, stefan.schieren@ku-eichstaett.de

Prof. Dr. Ina Schildbach, ina.schildbach@oth-regensburg.de

Prof. Dr. Johannes Varwick, johannes.varwick@politik.uni-halle.de

Dieses Heft wurde federführend herausgegeben von:
Peter Massing

Beirat

Prof. Dr. Gabriele Abels (Univ. Tübingen), Prof. Dr. Uwe Andersen (Univ. Bochum), Prof. Dr. Anja Besand (TU Dresden), Prof. Dr. Gotthard Breit (Univ. Magdeburg), Prof. Dr. Thorsten Faas (FU Berlin), Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis (Univ. Münster), Prof. Dr. Wilhelm Knelangen (Univ. Kiel), Prof. Dr. Sabine Kropp (FU Berlin), Prof. Dr. Bernd Ladwig (FU Berlin), Prof. Dr. Stephan Lessenich (Univ. München), Prof. Dr. Andreas Nölke (Univ. Frankfurt/M.), Prof. Dr. Monika Oberle (Univ. Göttingen), Prof. Dr. Kerstin Pohl (Univ. Mainz), Prof. Dr. Lothar Probst (Univ. Bremen), Prof. Dr. Marion Reiser (Univ. Jena), Prof. Dr. Armin Schäfer (Univ. Münster), Prof. Dr. Norman Weiß (Univ. Potsdam), Prof. Dr. Wichard Woyke (Univ. Münster)

Verlag und Vertrieb

WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M. Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag • www.wochenschau-verlag.de

Aboservice / Heftbestellungen

Abonnementbestellungen: www.politikum.org,

Tel.: 069/7880772-0, politikum@wochenschau-verlag.de

Bestellungen von Einzelheften: wochenschau@brocom.de,

Tel.: 07154/1327-30

Bezugsbedingungen

Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Preise: Einzelheft € 12,80; Jahresabopreis € 48,00; Jahresabopreis für Studierende und Referendare € 24,00; alle Preise zzgl. Versandkosten. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNNM. Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift

Anzeigen

Wochenschau Verlag, Tel.: 069/78807720, Fax: 069/7880772-25, anzeigen@wochenschau-verlag.de

Der Zeitschrift liegt eine Verlagsbeilage bei.

© WOCHENSCHAU VERLAG, Frankfurt/M.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

ISSN 2364-4737 (Print) • ISSN 2701-1267 (Online)

Digitale Ausgaben: ISBN 978-3-7566-0057-1 (PDF)

DOI <https://doi.org/10.46499/2193>

www.politikum.org

www.facebook.com/ZeitschriftPolitikum

Weitere lieferbare Hefte



www.politikum.org